

Gebäudeplanung an den Universitäten: Es herrscht Handlungsbedarf

BLOG

7 POSTINGS

GERT BACHMANN

4. Dezember 2012, 10:05

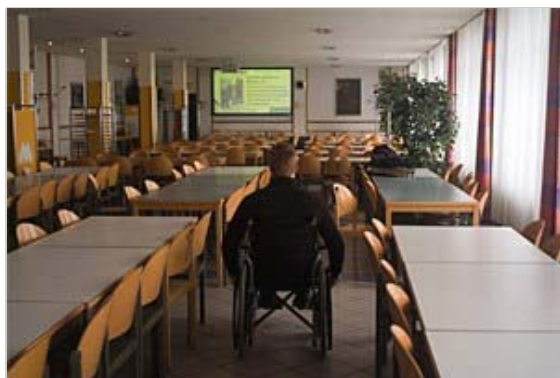


foto: standard/newald

"Barrierefreiheit ist ein Bereich, bei dem weder die Universitätsverwaltungen noch Architekten sattelfest sind."

foto: privat
Gert Bachmann.

Arbeitswelten zwischen "Personalhaltung" und "hospitality value"

Ab dem Jahr 2016 müssen alle öffentlichen Gebäude Österreichs, also auch jene der Universitäten, nicht nur barrierefrei sein, sie unterliegen ab dann auch in vollem Umfang dem Arbeitsinspektionsgesetz. Gleichzeitig sinken (nicht nur) die für Gebäude gewidmeten Geldmittel. Der Trend zum Minimalismus bei der Erfüllung von Normen und Verordnungen ist nicht zu übersehen. Dies geht so weit, dass Normen mit dem Hinweis, sie hätten nur Empfehlungscharakter und seien nicht Gesetz, bei Geldmangel nicht erfüllt werden und so Behinderte unnötige und entwürdigende Barrieren vorfinden. Wie sollen wir in Zukunft arbeiten? Der Diskussionsstand ist durchwachsen.

Büroarbeitswelten in der internationalen Diskussion

Ein medialer Überblick zeigt: "Arbeitspsychologen haben herausgefunden, dass es von der Art der Arbeit abhängt, wie die Bürogröße sich auswirkt: Bei Routinetätigkeiten steigt die Produktivität, wenn viele Menschen in einem Raum arbeiten, kreative Prozesse und Entscheidungsaufgaben werden eher behindert. Vor allem, wo Konzentration gefragt ist, bedeutet die lebhaftere Umgebung Stress für das Gehirn ..."

Eine Rückkehr zum Großkontor scheint damit wohl vom Tisch zu sein. Immerhin gibt es aber zunehmend den Trend zur flexiblen Arbeitswelt: "Trotz aller Kritik hat das Großraumbüro nämlich den Vorteil, dass die Mitarbeiter wie nebenbei miteinander kommunizieren können. "Es wird mehr informelles Wissen ausgetauscht ..." In diesem Konzept hat jeder Mitarbeiter seine eigene "Zelle", an die sich eine gemeinschaftliche "Kommunikationszone" anschließt ... "Morgens zur besten Konzentrationszeit kann sich der Mensch zurückziehen und mittags in den kommunikativen Bereich hinausgehen."

Knausern und Mangel an Ausbildung

Wir lernen daraus, dass offene Arbeitswelten sicherlich nur zusätzlich zu - und nicht anstatt - den Einzelzimmern für hochkonzentriertes Arbeiten - und das ist an der Universität nun einmal die Standardform des wissenschaftlichen Arbeitens - angeboten werden müssen; nur dann können die Büros ein wenig kleiner ausfallen. Angesichts der derzeitigen Praxis des Knauserns mit Sozialräumen und Besprechungsräumen liegt dies aber wohl in weiter Ferne und ist leider auch in Konzepten für künftige Gebäude nicht zu finden. Jedenfalls muss der "8+5m²"-Regel der österreichischen Arbeitsstättenverordnung (AStVo) sowie der überkommenen "Einzelraum nur für

Habilitierte"-Regel Sicht aus internationaler Sicht eine eindeutige Absage erteilt werden. Die Räume müssen deutlich größer sein, um bedarfsgerecht und auch barrierefrei zu sein, oder eben mit weniger Personen bespielt werden. So soll ja laut Zeitungsreportage - laut Planungsstand ja eher doch nicht - das Universitätsgebäude RL3 komplett barrierefrei werden.

In der Uni-internen Berichterstattung wurde denn auch etwas zaghafter "umfassend barrierefrei" getextet. Barrierefreiheit ist ein Bereich, bei dem weder die Universitätsverwaltungen noch Architekten sattelfest sind (vgl. Universitätsgebäude Währingerstraße 29, aber auch neues Airtterminal 3 des Flughafens Wien), doch da gibt es ja Ansprechpartnerinnen (ÖAR, Bizeps) welche sogar gratis Evaluierungen anbieten. Universitätsleitungen reagierten bislang verschnupft, wenn etwa Betriebsräte eine Ausbildung von Gebäudemanagern für barrierefreies Management und Bauen fordern: wenn hierfür Geld investiert werden müsste, dann könnten eben andere Aufgaben nicht erfüllt werden ...

Kommunikation mit Menschen statt Verortung

Über Arbeitswelten, Raum und Funktion wird gesprochen werden müssen, es dürfen die "Verorteten", wie die in neue Gebäude umzusiedelnden Menschen im Facility-Management-Jargon bezeichnet werden, aber nicht gemeinsam mit den mit ihnen in vertrauensvollem Kontakt stehenden PersonalvertreterInnen und Behindertenvertrauenspersonen (stattdessen hört man "haben Sie Vertrauen ... lassen sie uns machen") ex Kathedra beplant, vor vollendete Tatsachen gestellt und erst im Nachhinein "eingebunden" werden. Dies geschah allzu oft bei eher unerheblichen Dingen, wenn alles Wesentliche schon fix (und teilweise unerfreulich verlaufen) war. Das Arbeitsverfassungsgesetz fordert hier eine Information, die so zeitgerecht sei, das Änderungen - und hier kann es sich nicht um Marginalia handeln - noch möglich wären. Das sollte ernst genommen und nicht erst nach zeitraubender Urgenz (dem wiederholten Kontakt mit der sprichwörtlichen Gummimauer) umgesetzt werden.

Die oft sehr diversen Bedürfnisse unterschiedlicher Fächer sind abzubilden, die Einzelpersonen tatsächlich einzubinden, auf Zusatzraum bei Parteienverkehr und nicht zuletzt die konsequente Barrierefreiheit darf nicht vergessen werden. Und nicht so wie in diversen Nutzerbedarfserhebungen einfach von den Mitgliedern der Professorenkurie Quadratmetersummen abgefragt, denen dann noch Abschläge von bis zu 15% erteilt werden, da sie, um die Zukunft ihrer Abteilungen bangend, sehr "leidensfähig" sind. ProfessorInnen sind keine RaumplanerInnen und Facilitymanager sind keine Kenner aller Bedürfnisse aller Fächer. Beide wissen von den Arbeitsabläufen der "kleinen Angestellten", auch "allgemein Bedienstete" oder wenig sinnstiftend "sonstiges wissenschaftliches Personal" genannt, oft erstaunlich wenig.

Internationale Normen und österreichische Herangehensweise

Interessant ist, dass in Deutschland das Minimum an Büroarbeitsfläche bei 8-10m² pro (jeder zusätzlichen) Person

liegt und mit der Raumgröße steigt.

Bei unserer AstVO hingegen sind dies nur 8m² + 5m² für jede weitere Person, wobei leider oft nicht einmal zwischen Arbeitsplätzen unterschiedlicher Branchen differenziert wird.

In einem Bericht des Rektorats der Universität Wien an den Universitätsrat zur Raumplanung des Jahres 2008 war noch von flexibleren 10-15m² pro Person die Rede gewesen. Was hatte sich seither geändert? Ist seither der Bedarf um 20-50% gesunken? In der Tat weisen alle neuen Gebäude im Vergleich zum vorherigen Stand Nutzflächenreduktionen zwischen 10-25% auf und die sogenannten Verorteten werden aufgefordert, sich eben zu bescheiden und weniger Arbeitsmaterial und Arbeitsausrüstung vom alten zum neuen Arbeitsplatz mitzunehmen. Wo bleibt da das Entwicklungspotenzial? Wo der hospitality value?

So ist es auch (kaum) zu verstehen, dass Consulter (d.h. Berater) mit internationalem Hintergrund auch an der Universität Wien zunächst großzügiger rechneten und dies erst auf Urgenz der für die Bedarfsplanung maßgeblichen Personen etwa hinsichtlich eines Neubaus für das desolante Universitätsgebäude UZA1 der Universität Wien auf AStVo Minima herunter gesetzt wurde.

Soweit zu "internationalen Standards", auf welche Belegschaftsvertretern gegenüber von Universitätsleitungen gerne so belehrend Bezug genommen wird. So muss nun in vielen Räumen des Renommierprojektes Universitätsgebäude RL3 an die Wand gestarrt werden, weil bei anderer Schreibtisanordnung sonst die Gehwege schmaler ausfallen, als es in der AstVO erlaubt ist. Auch ein Kleiderkasten sei laut ANS für Büroangestellte nicht erforderlich, es gebe ja unter jedem Schreibtisch einen Rollcontainer (der auch noch als Besuchersessel fungieren soll), wo dann die Schuhe, die Tasche, allfällige Ersatzkleidung, die persönlichen Dinge u.a. neben den Büroutensilien verortet werden könnten.

Da ebenfalls aus Arbeitnehmerschutzgründen im neu besiedelten Universitätsgebäude in der Währingerstraße 29 tunlichst zunächst nichts um- oder dazugestellt werden sollte (sonst gäbe es allenfalls keine Arbeitsstättenbewilligung) und der Ablageraum zu knapp ist, werden etliche Umzugskartons wohl noch eine Weile auf dem Boden stehen bleiben - wohl bis sie als Brandlast inkriminiert werden. So wird immer öfter in den deutlich zu kleinen Räumen der ArbeitnehmerInnenchutz und auch die AstVO in Verkehrtung des Grundgedankens gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtet. Da erwartete man doch mehr Dialog als den Euphemismus, die "fetten Zeiten" seien eben vorbei.

Ein neuer Stil in der Gebäudeplanung und Kommunikation tut not

Es ist ja wohl auch nicht so, dass noch viele "Besitzstände" zurückgedrängt werden müssen. Es gibt sie kaum noch, die kritisierten "Professorenreitschulen". Diese wurden meist zu Gunsten studentischer Grossraumarbeitsplätze mit teilweise drastischer Verletzung der AstVO (Studierende sind ja keine Universitätsbediensteten) umgewidmet. Eher kommt es nun zu

einer wesentlich stärkeren Polarisierung als früher, denn unter einem bestimmten Level wird nun kostensparend nivelliert, oberhalb eines gewissen Niveaus (oberes Management) herrscht selbstverständliche Großzügigkeit (genauso wie fraglose Akzeptanz der Gehälter samt Boni).

Wo bleibt eine Stellungnahme von ArbeitsmedizinerInnen und ArbeitsinspektorInnen dazu? Warum bleiben die Zustände in vielen alten Labors katastrophal und gesundheitsgefährdend (oft genau dort, wo am lautesten im "Scherbenhaufen des gescheiterten basisdemokratischen Experimentes Gelehrtenrepublik" nach Professorenzuständigkeit für Professorenverantwortung gerufen worden war), während anderenorts Zusatzmieten im Millionen-Euro-Bereich in Kauf genommen oder noch mehr grenzrentable Großgeräte angehäuft werden. Ist das tatsächlich ein Tabuthema, eine reine Managementfrage? Oder handelt es sich um ein Kernthema der Belegschaftsvertretung? Hat es allenfalls doch etwas mit der im Gegensatz zu EU Richtlinien fehlenden Weisungsfreiheit der Sicherheitsfachkräfte zu tun? Oder damit, dass verantwortliche Manager sich erleichtert darüber zeigen "dass der Arbeitsinspektor ab und zu ein Auge zudrückt"?

Hier herrscht Handlungsbedarf. Auch wenn wir durchaus gemeinsam mit den Dienstleistungseinrichtungen für Raum und Ressourcen in jüngster Zeit bereits sehr vieles Positives umsetzen konnten - ein tragfähiger und international konkurrenzfähiger Konsens bezüglich Raum und Ressourcen in Abhängigkeit von Tätigkeit und Funktion sowie durchgehende Barrierefreiheit muss dringend erarbeitet werden. Facility Management, strategische Raumplanung und Arbeitnehmerschutz dürfen sich nicht in "Deficit Management" erschöpfen. (Gert Bachmann, derStandard.at, 4.12.2012)

Gert Bachmann ist Assistenzprofessor am Zentrum für Ökologie der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Wien und forscht an den biochemischen und elektrochemischen Mechanismen der Zusammenarbeit und Konkurrenz zwischen den Organismen im Wurzelraum von Pflanzen. Er ist Gründungsmitglied der Sektion Bodenbiologie der Österreichischen bodenkundlichen Gesellschaft. Er ist Betriebsrat und dort für die Bereiche Raum-, Bau- und Sanierungsfragen sowie den ArbeitnehmerInnenschutz zuständig.



Immobilien, die zu Ihnen passen, finden Sie auf [derStandard.at/Immobilien](http://derstandard.at/Immobilien).

PROMOTION



Jetzt anmelden! –12 Stipendien für JungjournalistInnen

Sommerakademie für Journalismus und PR an der Uni Liechtenstein: Gedruckte Stories, wertvolle Kontakte und 10 ECTS-Punkte. Bis 8. Mai anmelden!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

. . . .